

Verfassung und Verwaltungsorganisation

Veränderungen in den Vertretungskörpern

Gemeinderat *Haag* (ÖVP) verstarb am 6. Jänner 1972, Gemeinderat *Dr. Drimmel* (ÖVP) legte sein Mandat mit Wirksamkeit vom 31. Jänner zurück.

In den Gemeinderat wurden berufen und angelobt Leopold *Schneider* (ÖVP) am 28. Jänner und Dkfm. Gerhard *Ammann* (ÖVP) am 25. Februar.

In die Gemeinderatsausschüsse wurden gewählt:

Gemeinderatsausschuß II — Gemeinderat Dkfm. Dr. *Wöber* (ÖVP) am 28. Jänner für Gemeinderat *Haag* (ÖVP);

Gemeinderatsausschuß X — Gemeinderat *Köchgl* (ÖVP) am 25. Februar für Gemeinderat *Dr. Drimmel* (ÖVP);

Gemeinderatsausschuß XII — Gemeinderat *Schneider* (ÖVP) am 28. Jänner für Gemeinderat Dkfm. Dr. *Wöber* (ÖVP);

Gemeinderatsausschuß XIV — Gemeinderat Dkfm. Dr. *Wöber* (ÖVP) am 28. Jänner für Gemeinderat *Haag* (ÖVP) und Gemeinderat Dkfm. *Ammann* (ÖVP) am 25. Februar für Gemeinderat *Köchgl* (ÖVP).

In das Immunitätskollegium wurde Landtagsabgeordneter *Neusser* (ÖVP) am 28. Jänner für Landtagsabgeordneten *Haag* (ÖVP) gewählt.

Der Gemeinderat trat zu 11 öffentlichen und 9 nichtöffentlichen Sitzungen, der Landtag zu 7 Sitzungen zusammen. Der Stadtsenat hielt 44, die Landesregierung 44, der Stadtsenat mit dem Finanzausschuß 4 und der Unvereinbarkeitsausschuß 2 Sitzungen ab.

Der Gemeinderat behandelte in seinen Sitzungen 1.107 Geschäftsstücke, der Landtag 19, der Stadtsenat 3.542, die Landesregierung 604, der Stadtsenat mit dem Finanzausschuß 10 und der Unvereinbarkeitsausschuß 3.

Magistratsdirektion

Im Büro der Magistratsdirektion langten, einschließlich der von der Amtsinsektion sowie der vom Bürgermeister zu erledigenden Akten, 25.200 Dienststücke ein. Das Büro der Magistratsdirektion erstattete im Jahre 1972 insgesamt 121 Gutachten zu Gesetz- und Verordnungsentwürfen des Bundes sowie zu 14 Gesetz- und Verordnungsentwürfen anderer Bundesländer. Weiters wurden Vorarbeiten zu 5 Wiener Landesgesetzen, 4 Verordnungen der Landesregierung, 2 Verordnungen des Landeshauptmannes und 8 Kundmachungen geleistet. Zur Regelung organisatorischer und rechtlicher Fragen wurden 41 Runderlässe herausgegeben.

Ansprüche nach dem Amtshaftungsgesetz wurden in 13 Fällen gegen die Stadt Wien geltend gemacht. Die Disziplinarkommission behandelte 46 Fälle; der Disziplinarberufungskommission lagen 4 Berufungen zur Entscheidung vor.

Anträge auf auszeichnungswise Verleihung von Berufstiteln und staatlichen Auszeichnungen langten 309 ein.

Von der Verpflichtung zur Wahrung des Amtsheimnisses wurden 347 städtische Bedienstete entbunden.

Im Aufsichtsjahr 1972 wurden 9 Aufsichtsbeschwerden erhoben.

Der praktisch-politischen Prüfung unterzogen sich 24 rechtskundige Beamte, hievon 16 rechtskundige Beamte der Bundespolizeidirektion Wien. 3 Kandidaten bestanden die Prüfung nicht, hievon ein rechtskundiger Beamter der Bundespolizeidirektion Wien.

Im Jahre 1972 wurden 5 Beflaggen der städtischen Amtshäuser und Objekte angeordnet.

Das Präsidialbüro hatte bei der Erledigung der vielfältigen ihm übertragenen Agenden unter anderem rund 3.900 Schriftstücke zu bearbeiten und zirka 2.200 Glückwunschschriften zu verfassen. Besonderer Sorgfalt bedurften die Vorbereitung und Gestaltung der vom Bürgermeister veranstalteten Empfänge und Feierlichkeiten. Es handelte sich hierbei um 501 gesellschaftliche Veranstaltungen, bei denen 57.637 Gäste gezählt wurden; von den Gästen kamen 26.799 aus dem Ausland. Weiters konnten 34 Besuchergruppen im Wiener Rathaus begrüßt werden. Fallweise erhielten diese Besucher Erinnerungsgeschenke, oder sie wurden zu Rathausführungen, aber auch zu Stadtrundfahrten

eingeladen. Bei 140 Veranstaltungen verschiedener Art, bei 33 vom Presse- und Informationsdienst veranstalteten Pressekonferenzen sowie bei 288 kleineren Anlässen wurde von den Veranstaltern in mannigfacher Form, etwa in protokollarischen Fragen, Hilfe benötigt.

Von den Persönlichkeiten, die dem Bürgermeister im Wiener Rathaus einen Besuch abstatteten, seien, nach der zeitlichen Abfolge der Besuche geordnet, hier angeführt: der königlich-schwedische Außenminister Krister *Wickmann*; der Vorsitzende des Präsidiums des Volksrates von Warschau Jerzy *Majewsky* und eine Delegation der Hauptstadt Polens; der Außenminister der Volksrepublik Rumänien Corneliu *Manescu*; der Generalsekretär der Vereinten Nationen Dr. Kurt *Waldheim*; der Präsident des Bundesvollzugsrates der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien Dzemal *Bijedic*; der Präsident des Rates der ungarischen Hauptstadt Budapest Zoltan *Szpevölgyi* in Begleitung einer Delegation; der königlich-schwedische Unterrichtsminister Ingvar *Carlsson*; der hessische Minister des Inneren Hans-Heinz *Bielefeld*; der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland Willy *Brandt*; der Vizebürgermeister von Moskau Ing. Sergej M. *Kolomin*; der Außenminister der Volksrepublik Polen Stefan *Olszowski*; der Bürgermeister von Edmonton Dr. Ivor *Dent*; der Staatspräsident von Ober-Volta General Sangoule *Lamizana*; der Bürgermeister von Montevideo Dr. Oskar *Rochetti*; der Bürgermeister von Kopenhagen N. *Wassard* in Begleitung einer Delegation; der Premierminister von Malaysia Tun *Haji Abdul Razak Bin Daton Hussein*; der Bürgermeister von Nairobi Margaret *Kenyatta*; der Bürgermeister von Bombay Ravi K. *Ganatra* und schließlich der Präsident der Republik Indonesien General *Subarto*.

Ferner wurde die feierliche Eröffnung der in der Volkshalle des Rathauses vom 10. bis 24. Jänner 1972 gezeigten Ausstellung „Hohe-Warte-Bad“, der vom Ministerium für Gesundheit und Umweltschutz vom 7. bis 16. April veranstalteten Schau „Fit bleiben“ sowie der Ausstellung „Olympia 72“, die vom 26. August bis 11. September zu sehen war, vorbereitet. Diese Ausstellungen wurden von 1.440, 5.756 und 33.980 Personen besucht.

Weitere Feierlichkeiten, an deren Vorbereitung mitgewirkt wurde, galten der Eröffnung von Bauwerken oder Veranstaltungen mit besonderer Bedeutung für die Bewohner der Stadt Wien, in einigen Fällen handelte es sich um Grundsteinlegungen, Spatenstichfeiern oder Verkehrsfreigaben neu gebauter Straßen. Zu erwähnen wären hier die Eröffnung von 7 Kindertagesheimen, des Sonderkindergartens der Stadt Wien, 21, Ringelseeplatz — Franklinstraße 28, der Hauptschule für Knaben und Mädchen in 23, Anton Baumgartner-Straße 119, eines Wohnheimes von Jugend am Werk in Innermanzing, Niederösterreich, und des Kinderfreibades Hirschstetten in 22, Emichgasse, sowie die Wiedereröffnung des renovierten Pavillons „Leopold“ der Lungenheilstätte Baumgartner Höhe. Zweckbauten, die wegen ihrer Bedeutung in feierlicher Form zur widmungsgemäßen Verwendung übergeben wurden, waren unter anderem die Prüf- und Versuchsanstalt der Wiener Stadtwerke — Gaswerke in 11, Eyzinggasse 12, der Fleischgroßmarkt St. Marx und der Großgrünmarkt in 23, Inzersdorf. Von den Veranstaltungen wären das 13. Wiener Europagespräch und die Wiener Festwochen 1972 hervorzuheben. Die Spatenstichfeier für das Entlastungsgerinne im Zuge der Verbesserung des Donauhochwasserschutzes für Wien sowie die Grundsteinlegungen für die Pensionistenheime, 14, Dreyhausenstraße 29, und 15, Ibsenstraße — Schanzstraße, die Verkehrsfreigabe der neu gestalteten Heiligenstädter Straße in der Kuchelau und eines Teiles des Handelskais wären weiter anzuführende Beispiele. Auch für die Feierlichkeiten anlässlich der Benennung der städtischen Wohnhausanlage, 5, Kliebergasse 8, in „Emmerich Sailer-Hof“ wurden organisatorische Vorbereitungen getroffen.

Einer Reihe verdienter Persönlichkeiten wurden besondere **E h r u n g e n** zuteil.

Der Ehrenring der Stadt Wien wurde am 23. März Univ.-Prof. Dr. h. c. Erich *Schmid*, am 15. Mai o. Univ.-Prof. DDr. mult. h. c. Albin *Lesky*, am 19. Mai Dr. h. c. Carl *Zuckmayer* und am 12. September 1972 Prof. Fritz *Hochwälder* verliehen.

Mit der Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold wurden ausgezeichnet: am 9. Februar die Kammersängerin Prof. Elisabeth *Höngen*, die Schauspieler Vilma *Degischer* und Leopold *Rudolf* sowie die Schriftsteller Hofrat Prof. Dr. Siegfried *Freiberg* und Prof. Wilhelm *Szabo*; am 31. Mai die Universitätsprofessoren Dr. Josef *Böck*, Dr. Kurt *Ehrenberg*, Museumsdirektor i. R. Dr. Vinzenz *Oberhammer* und Dr. Richard *Übelhör*; am 29. November Univ.-Prof. DDr. Erna *Lesky*, Museumsdirektor Hofrat Dr. Erwin *Auer*, die Hochschulprofessoren Dipl.-Ing. Dr. Friedrich *Baravalle* und Dipl.-Ing. Dr. Robert *Eberan-Eberhorst*, Reg.-Rat Msgr. Dr. Franz *Kosch* und Dr. Karl *Skowronek* sowie Prof. Dr. Karl *Ziak*.

Die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Silber wurde verliehen am 29. Mai an die Professoren Hans *Fabian*, Maximilian *Florian*, Erni *Kniepert-Fellerer*, Anton *Paulik*, Leopold *Schmid* und Camillo *Wanausek*; am 29. November an Hochschulprofessor Franz *Samohyl* sowie an die Professoren Robert *Leukauf* und Friedrich *Schönfeld*.

Das Große Goldene Ehrenzeichen mit dem Stern für Verdienste um das Land Wien wurde am

8. Februar dem Dritten Präsidenten des Nationalrates *Otto Probst* und am 23. Oktober dem Präsidenten des Nationalrates *Anton Benya* überreicht.

Das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien erhielten am 29. Mai Professor *Josef Krips*; am 25. Oktober Weihbischof DDr. *Jakob Weinbacher* und am 8. November Präsident des Wiener Landtages i. R. *Helene Potetz*.

Mit dem Großen Silbernen Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien wurden ausgezeichnet: am 10. März Generaldirektor Dr. *Karl Mantler*; am 9. November Abgeordneter zum Nationalrat a. D. Kommerzialrat *Ludwig Kostroun* und Sektionschef Dr. *Albert Krassnigg* sowie am 18. Dezember Sektionschef Dr. *Albert Markovics* und Generaldirektor Kommerzialrat Dr. *Hellmuth Slaik*.

Das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien wurde verliehen: am 23. März an Senator Kommerzialrat *Anton Hinteregger*, den Chorleiter Prof. *Leo Lehner*, Chefdramaturg der Wiener Staatsoper Prof. Dr. *Marcel Prawy*, die Publizistin Prof. Dr. *Hilde Spiel*, den Präsidenten des Oberlandesgerichtes Linz Dr. *Johann Schuster* sowie den Vizepräsidenten des Oberlandesgerichtes Wien i. R. Dr. *Hans Zips*; am 5. April an die Landesschulinspektoren Hofräte Dr. *Ernst Mayer*, Dr. *Lothar Matzenauer* und Dr. *Rudolf Schön* sowie an die Landesschulinspektoren i. R. Hofrat Dipl.-Ing. *Josef Vojta* und Dkfm. Dr. *Friedrich Wirth*; am 15. November an Kammersänger Prof. *Herbert Alsen*, Generalsekretär *Paul Balkany*, Obersenatsrat i. R. Dipl.-Ing. *Franz Fischer*, Generaldirektor i. R. Dipl.-Ing. Dr. *Ludwig Grassinger*, Museumsdirektor i. R. Dr. *Viktor Griessmaier*, Oberamtsrat i. R. Prof. *Alois Jalkotzy*, em. o. Hochschulprofessor Dr. *Rainer Schubert-Soldern*, Wirklichen Hofrat Doktor *Herbert Spitzer* und Direktor i. R. *Egon Trojan* sowie am 7. Dezember an Patentanwalt Dipl.-Ing. *Walter Hamburger* und den Schauspieler *Guido Wieland*.

Das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien erhielten: am 29. März Oberamtsrat i. R. *Erwin Andraschitz*, Oberforstrat Dipl.-Ing. *Hubert Haunold*, Oberamtsrat i. R. *Emil Janousek*, Senatsrat i. R. Ing. *Alfred Trentini*; am 5. April Bezirksschulinspektor i. R. Reg.-Rat Dr. *Thea Meier*; am 12. September Direktorin i. R. *Amalie Zajicek*; am 20. Oktober Dr. *Josef Paul Hodin*; am 23. Oktober zwei Polizeiangehörige und am 6. Dezember Präsident *Fritz Basch*, Direktor i. R. Dipl.-Ing. Dr. *Rudolf Endler*, Prof. *Hans Gabor*, Präsident Dr. *Peter Götz*, Prokurist *Leopold Hentschel*, Bezirksschulinspektor Reg.-Rat *Anton Kriegler*, Bezirksschulinspektor i. R. Reg.-Rat *Karl Jonasch*, Bezirksschulinspektor Reg.-Rat Dr. *Hans Lenz*, Oberforstrat i. R. Dipl.-Ing. *August Loos*, Prof. *Johann Muschik*, Prof. DDr. *Philipp Ruff*, Direktor *Johannes Tremel*, Dipl.-Ing. *Fritz Unger* sowie Oberstudienrat Professor Dr. *Amalia Vlach*. Das dem Schriftsteller Dr. *Theodor Ottawa* zuerkannte Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien wurde am 6. Dezember 1972 seiner Witwe überreicht.

Mit dem Goldenen Verdienstzeichen für Verdienste um das Land Wien wurden ausgezeichnet: am 7. Februar Bezirksvorsteher-Stellvertreter *Herma Nothelfer*, Bundesrat *Rudolf Borik*, *Robert Neubold*, *Alois Packes*, *Herta Panesch*, *Wilhelm Vanc* und Dr. *Hermine Wernhardt*; am 7. April *Bernhard Däneke*, Hochschulprofessor Dr. *Hugo Ellenberger*, Prof. Dr. *Irmengard Neukomm-Lobenstein*; am 23. Oktober Prof. *Eduard Macku* sowie fünf Angehörige der Wiener Polizei; am 21. November Dipl.-Vw. *Alfons Alvarado-Dupuy*, *Franz Binder*, *Margarete Doffek*, *Wilhelm Harant*, Volksschuldirektor i. R. Prof. *Karl Hirschbold*, Direktor i. R. *Wilhelm Lorenz*, Prof. Dr. *Walther Newirth*, *Eduard Polz*, *Franz Rautek*, Hauptschuldirektor i. R. Oberschulrat *Johann Slovencik* und am 22. November Technischer Fachinspektor i. R. *Alfred Hudec*.

Mit dem Silbernen Verdienstzeichen für Verdienste um das Land Wien wurden geehrt: am 2. Mai Oberfürsorgerin i. R. *Margarete Kraus*; am 23. Oktober 62 Angehörige der Wiener Polizei und am 22. November *Ferry Wilhelm Gebauer*, *Josef Handl* sowie *Friedrich Vogl*.

Für die Errettung von Menschen aus Lebensgefahr wurden mit der Rettungsmedaille des Landes Wien ausgezeichnet: am 30. Mai *Zollwacherrevisor Herbert Böhm*, *Egon Galhaup*, *Polizeiwachmann Ernst Keller*, *Oberfeuerwehrmann Karl Klacska*, *Polizeibezirksinspektor Friedrich Kohlfürst* sowie *Polizeirevierinspektor Walter Tauchhammer* und am 12. Juli *Ernst Neunteufel*.

In die Preise aus der Dr. *Karl Renner*-Stiftung teilten sich die Hochschule für Bodenkultur, die Spanische Reitschule, die Jugendfürsorgestelle des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und das Wiener Jugendhilfswerk; die Preise wurden am 2. Februar übergeben.

Mit der *Josef Kainz*-Medaille wurden am 26. Jänner die Schauspieler *Erni Mangold* und *Hugo Gottschlich*, der Regisseur *Vaclav Hudecek* sowie die Bühnen- und Kostümbildnerin *Maxi Tschunko* ausgezeichnet. Die Förderungspreise zur *Josef Kainz*-Medaille erhielten an demselben Tage *Johanna Tomek*, *Dieter Berner* und *Uwe Berend*.

Ferner wurden im Rahmen von 2 Feiern an 158 Personen Ehrenzeichen für Verdienste im Wiener Feuerwehr- und Rettungswesen überreicht. Bei 10 weiteren Feiern wurden 44 Ehrenzeichen der Republik Österreich, die städtischen Bediensteten verliehen worden waren, den Ausgezeichneten übergeben.

Persönlicher Festtag von Wiener Bürgern gedachte die Wiener Stadtverwaltung anlässlich von 1.956 Goldenen, 110 Diamantenen, 14 Eisernen sowie 2 Steinernen Hochzeiten und 1 Gnadenhochzeit. Auch bei 1.053 Personen, die ihren 90. Geburtstag feierten, sowie bei 28 Personen, die ihren 100. Geburtstag begehen konnten, stellte sie sich als Gratulantin ein. 1.522 in den Ruhestand getretene Bedienstete der Stadt Wien sowie 97 in den Ruhestand getretene Lehrpersonen wurden feierlich verabschiedet. Bei 2 weiteren Feiern wurden 93 Bedienstete der Stadt Wien anlässlich ihres 40jährigen Dienstjubiläums geehrt. Wie alljährlich wurde auch 79 Pflagemüttern in einer kleinen Feier der Dank für ihre Mühe ausgesprochen und ein Ehrengeschenk übergeben. Ferner wurden 29 Hausbesorger städtischer Wohnhäuser, die diese Tätigkeit 25 Jahre lang ausgeübt hatten, geehrt. 2 Hausgehilfinnen, die mehr als 25 Jahre lang bei einem Dienstgeber tätig waren, erhielten in Anerkennung ihrer treuen Dienste eine Ehrengabe überreicht.

Der Dolmetscher- und Übersetzungsdienst übersetzte für den Dienstgebrauch 1.738 Schriftstücke, die in 25 fremden Sprachen abgefaßt oder zu verfassen waren. Außerdem besorgte er die sprachliche Betreuung von Gästen aus nichtdeutschsprachigen Ländern bei Empfängen, Besichtigungen, Führungen und Besuchen.

Die **Amtsinspektion** überprüfte bei den im Jahre 1972 besonders zahlreichen und umfangreich gestalteten Revisionen neben Teilbereichen von Dienststellen und einzelnen Dienstposten vor allem mehrere technische Magistratsabteilungen als Ganzes. So wurde die Magistratsabteilung für Wohnhäusererhaltung eingehend revidiert und anschließend, im Einvernehmen mit dieser Dienststelle, eine neue Organisationsform entwickelt, die es ermöglicht, Personalvermehrungen trotz der laufenden Zunahme der Wohnungseinheiten in engen Grenzen zu halten, dennoch aber die Betreuung der städtischen Wohnhäuser wirkungsvoller zu gestalten. Die mit baubehördlichen und bautechnischen Angelegenheiten befaßten Dienststellen — das sind die für die technische Prüfung bei Wohnbauförderungen, baulichen Ersatzvornahmen, technischen Amtsgutachten über private Wohnbauten sowie für allgemeine Baupolizeiangelegenheiten in ganz Wien und für spezielle bau-, feuer- und gewerbepolizeiliche Angelegenheiten in den Wiener Gemeindebezirken zuständigen Magistratsabteilungen — wurden wegen ihres inneren Zusammenhanges gemeinsam einer Gesamtrevision unterzogen. Die Auswertung des Revisionsergebnisses wird im Jahre 1973 erfolgen. Bei allen Überprüfungen wurden vornehmlich, entsprechend der im Jahre 1971 eingeführten Revisionspraxis (Systemrevision), Strukturfragen, Organisation und Arbeitsabläufe beachtet.

Bei den von den Dienststellen im Laufe des Jahres bestellten Drucksorten wurden die Zweckmäßigkeit, die Einhaltung der Höflichkeit im Schriftverkehr und die Höhe der Auflage geprüft. Gemeinsam mit dem Drucksortenkomitee wurden für die magistratischen Bezirksämter neue Gewerberechtsdrucksorten ausgearbeitet, die die Arbeit in den Kanzleien dieser Dienststellen wesentlich vereinfachen werden.

Bei der Bekanntgabe der im Budget zu berücksichtigenden Erfordernisse machten die Dienststellenleiter einen Mehrbedarf von 898 Dienstposten geltend. Nach eingehenden Beratungen und Besprechungen konnten die für zusätzliches Personal neu zu schaffenden Dienstposten auf etwa die Hälfte herabgesetzt werden. Demnach war auf Grund des nachgewiesenen Bedarfes gegenüber dem Stand vom 1. Jänner 1972 eine Vermehrung der Dienstposten um 455 auf insgesamt 38.525 notwendig. Von diesen 455 Dienstposten entfallen 279 auf das Anstaltenhamt und 147 auf das Jugendamt. Die übrigen Dienstposten verteilen sich auf verschiedene Dienststellen. Die Notwendigkeit der Personalvermehrung gründete sich im Anstaltenhamt vor allem auf die Einrichtung von neuen Stationen und im Jugendamt auf die weitere Intensivierung der Jugend- und Wohlfahrtspflege und die Eröffnung neuer Kindergärten.

Die Aktion „Mitdenken macht sich bezahlt“, die Vorschläge zur Verbesserung und Vereinfachung der Arbeit sowie der Einrichtungen der Stadtverwaltung aus dem Kreise der Mitarbeiter erbringen soll, wurde den Bediensteten im Sommer 1972 mit einem Erlaß der Magistratsdirektion in Erinnerung gebracht. Gleichzeitig wurden an die Dienststellen Plakate ausgegeben sowie an die Bediensteten Prospekte und Lesezeichen verteilt. Dieser Appell hatte den Erfolg, daß innerhalb kurzer Zeit mehr als 30 Verbesserungsvorschläge einlangten; insgesamt wurden im Jahre 1972 110 Verbesserungsvorschläge eingebracht. In den beiden Sitzungen des Ausschusses für das Vorschlagswesen wurden 22 Verbesserungsvorschläge als für die Stadt Wien nützlich anerkannt; die für die Verbesserungsvorschläge ausbezahlten Prämien erreichten eine Summe von 51.000 S. Die Höhe der im Einzelfall zuerkannten Prämien lag zwischen 300 S und 8.000 S. Die vorgeschlagenen, prämierten Verbesserungen dürften jährliche Einsparungen von rund 250.000 S zur Folge haben.

In intensiven Beratungen mit der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten wurden die Einzelheiten der neuen Ausbildungs- und Prüfungsvorschriften für die Bediensteten der Verwendungsgruppen B, C und D festgelegt, so daß ab Herbst 1973 die Ausbildung der Bediensteten danach ausgerichtet werden kann. Die Ausbildung und Prüfung für den rechtskundigen Dienst wurde gleichfalls reformiert; ein

Vorbereitungskurs, der nach den neuen Ausbildungsvorschriften gestaltet sein wird, beginnt bereits im Jänner 1973.

Die Verwaltungsakademie wurde weiter ausgebaut, wobei Themen aus dem Bereich der elektronischen Datenverarbeitung behandelt und 48 Kurse, Seminare sowie Vorträge über aktuelle Probleme der Verwaltung veranstaltet wurden. Weiters sprach der Präsident des Obersten Gerichtshofes, Dr. Franz Pallin, vor leitenden Beamten der Stadtverwaltung im Gemeinderatsitzungssaal über das Thema „Amtsgeheimnis und Redaktionsgeheimnis“. Der Vortrag, in dem Grundsatzfragen des Verhältnisses zwischen Massenmedien und Verwaltung behandelt wurden, fand in der Öffentlichkeit große Beachtung. Die Vorträge über Fragen der mit dem Umsatzsteuergesetz 1972 eingeführten Mehrwertsteuer mußten sogar wegen der großen Zahl der Hörer zweimal wiederholt werden. Ein Teilgebiet moderner Führungsmethoden behandelte ferner ein Kurs über Grundlagen des Projektmanagements. Der Fremdsprachenunterricht wurde erweitert. Für städtische Bedienstete, die zur Erfüllung ihrer dienstlichen Obliegenheiten Fremdsprachenkenntnisse benötigen, wurden überdies 8 Kurse mit gering gehaltener Teilnehmerzahl eingerichtet. Um die berufliche Fortbildung der Bediensteten zu fördern, wurde diesen, neben der Verwaltungsakademie, der Besuch externer Institute, wie der Österreichischen Akademie für Führungskräfte, des Österreichischen Produktivitätszentrums oder des Wirtschaftsförderungsinstituts der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien (WIFI), ermöglicht. Schließlich wurden städtische Bedienstete zu Seminaren im In- und Ausland entsendet.

Das stete Bemühen der Wiener Stadtverwaltung, mit Hilfe organisatorischer Maßnahmen eine bessere Abwicklung der Verwaltungsabläufe herbeizuführen, fand in zwei von der Amtsinspektion vorbereiteten Änderungen der Geschäftseinteilung ihren Niederschlag. Wegen der großen, an die Stadtplanung gestellten Anforderungen wurde als neue Dienststelle die Magistratsabteilung für den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan durch Abspaltung von der Magistratsabteilung für Stadt- und Landesplanung geschaffen; die letztgenannte Dienststelle führt nun die Bezeichnung Magistratsabteilung für Stadtstrukturplanung. Bei der Magistratsabteilung für Brücken- und Wasserbau mußten wegen des an Umfang und Bedeutung zunehmenden U-Bahn-Baues und des von dieser durchzuführenden großen Hochwasserschutzprojekts die Agenden auf zwei Dienststellen aufgeteilt werden. Der U-Bahn-Bau wurde einer neu geschaffenen Dienststelle übertragen, welche die Bezeichnung Magistratsabteilung für U-Bahn-Bau trägt. In anderen Verwaltungsbereichen wurden Dienststellen aus ökonomischen Gründen zusammengelegt, und zwar wurde in der Fürsorgeverwaltung die Magistratsabteilung für Fürsorgeverbandskosten mit der Magistratsabteilung für Erwachsenen- und Familienfürsorge vereinigt. Ebenso wurde die Magistratsabteilung für Baustoffbeschaffung dem Beschaffungsamts eingegliedert und so die Beschaffung der von den einzelnen Dienststellen benötigten Sachgüter in einer Hand vereinigt. Weitere Änderungen der Geschäftseinteilung ergaben sich aus der notwendigen Ergänzung des Aufgabenbereiches einzelner Dienststellen, die meist mit neuen gesetzlichen Vorschriften im Zusammenhang stand.

Eine weitere Aufgabe, die gelöst werden muß, ist die umfassende Reorganisation des städtischen Liegenschaftswesens, soweit sie die Liegenschaftsevidenz und den städtischen Grundverkehr betrifft. Vorerst wurde ein Konzept für die Neuordnung der Liegenschaftsevidenz erstellt. Dieses Konzept soll schrittweise im Laufe der nächsten Monate, nötigenfalls auch der nächsten Jahre, verwirklicht werden. In der Liegenschaftsevidenz — einer Art von erweitertem Grundbuch der Stadt Wien — sollen alle in der Praxis benötigten Grundstückdaten enthalten sein. Die Evidenz sollen Pläne ergänzen, in denen der städtische Grundbesitz dargestellt ist.

Im Jahre 1972 wurden 11.140 Dienstreisen genehmigt, von denen 400 ins Ausland führten. Viele der Dienstreisen hatten den Zweck, Bediensteten, die bei den technischen Großbauvorhaben der Stadt Wien tätig sind, Erfahrungen zu vermitteln. Weitere Dienstreisen dienten dem Besuch von Fachseminaren. Aber auch Ausstellungen der Stadt Wien im Ausland, etwa in Los Angeles, Tel Aviv, Basel, Düsseldorf, Bonn und Budapest, mußten von an die Ausstellungsorte entsendeten Bediensteten vorbereitet und betreut werden. Weiters nahm eine aus Funktionären und Beamten bestehende Delegation der Stadt Wien unter der Führung des Bürgermeisters im Juni 1972 am X. Europäischen Gemeindetag in Nizza teil. Von den übrigen zu erwähnenden Dienstreisen führte eine die Mitarbeiter der Zeitschrift „aufbau“ der Stadtbauamtsdirektion nach Israel, eine andere gewählte Funktionäre und Beamte der Stadtverwaltung zum Studium der Anwendungsmöglichkeiten der Datenverarbeitung in die Vereinigten Staaten von Amerika, wieder eine andere Beamte von Fachdienststellen nach Prag zur Teilnahme am 1. Internationalen Kongreß der Vereinigung für Abfallbeseitigung und Städtereinigung und eine letzte schließlich eine Gruppe von Beamten nach München zur Besichtigung der dort eingerichteten Fußgängerzone.

Zu Beginn des Jahres 1972 waren auf Grund der Umsätze des Vorjahres die Kassierzulagen der

rund 130 Bediensteten, die im Parteienverkehr ständig mit der Annahme und Leistung von Barzahlungen größeren Umfanges betraut sind, festzusetzen. Weiters war über Anträge auf Zuerkennung von Personal-, Bau-, Sonder- und Außendienstzulagen sowie von Mehrdienstleistungsvergütungen zu entscheiden. Im Jahre 1972 langten rund 980 derartige Anträge ein; einem Teil davon konnte, nach Überprüfung des Antragsgrundes, stattgegeben werden. Schließlich wurde 972 Bediensteten, die ihre privaten Personenkraftwagen bei der Ausübung ihres Dienstes benützen, für Wegstrecken von insgesamt 3,950.100 km eine besondere Entschädigung im Sinne des § 10 Abs. 2 der Reisegebührevorschrift (Kilometergeld) zuerkannt.

Die Amtsinspektion hatte im Jahre 1972 auch die Instandsetzung von Amtshäusern zu überwachen. Eines der größten Vorhaben auf diesem Arbeitsgebiet war die Renovierung des „Alten Rathauses“, 1, Wipplingerstraße 8. Da es wegen seiner geschichtlichen wie kunstgeschichtlichen Bedeutung unter Denkmalschutz steht, mußten die Arbeiten im Zusammenwirken mit dem Bundesdenkmalamt durchgeführt werden. Es gelang dabei, zwei historisch und baulich besonders interessante Räumlichkeiten im Parterre, die ehemalige „Bürgerstube“, unter Verwendung alter Bauteile zu rekonstruieren und als Ausstellungsräume zu adaptieren. An das Amtshaus angebaut ist die altkatholische Salvatorkirche, ein kunsthistorisch bedeutendes Objekt; ihre Restaurierung wurde zugleich mit der des „Alten Rathauses“ begonnen, wird aber erst im Jahre 1973 abgeschlossen sein. Im derzeitigen Amtssitz des Bürgermeisters, dem Rathaus, waren nur weniger umfangreiche Instandsetzungsarbeiten vorzunehmen. Die Renovierung des Amtshauses, 1, Schottenring 24, wurde fortgesetzt, im Amtshaus, 1, Rauhensteingasse 5, konnten die Arbeiten beendet werden. Die völlig neu adaptierten und instandgesetzten Häuser, 1, Volksgartenstraße 1 und 3 sowie Hansenstrasse 3, wurden bereits besiedelt; es wurden dort bereits der Presse- und Informationsdienst der Magistratsdirektion, die Magistratsabteilung für rechtliche Angelegenheiten des Ernährungswesens, der Landeskultur und des Wasser- und Schifffahrtswesens sowie das Statistische Amt der Stadt Wien untergebracht. Einige Räume wurden als Ausweichquartier für Dienststellen, die wegen Renovierungen an Amtshäusern der Rathausgruppe vorübergehend ihre Amtsräume verlassen müssen, freigehalten. Im Neuen Amtshaus, 1, Rathausstraße 12-14, wurde mit der Renovierung des Erdgeschosses begonnen.

Eine besonders diffizile Aufgabe war es, das Haus, 1, Rathausstraße 1, freizumachen, das abgebrochen werden muß. An seiner Stelle wird ein Gebäude errichtet, das vor allem das Rechenzentrum der Stadt Wien, das dem Büro für Organisation der automatischen Datenverarbeitung untersteht, aufnehmen soll. Die Freimachung wurde Ende des Jahres 1972 abgeschlossen, mit dem Abbruch des Hauses wird Anfang 1973 begonnen werden.

Um die im Wohlfahrtswesen tätigen Kuratorien, im Interesse einer ersprießlichen Zusammenarbeit, in möglichst nahe beisammen gelegenen Räumlichkeiten unterbringen zu können, wurde das Objekt, 1, Schottenring 25, von der Israelitischen Kultusgemeinde gemietet. In diesem Haus werden auch Institute Platz finden, deren Arbeit mit der der Stadtverwaltung in Zusammenhang steht.

Im Amtshaus, 8, Friedrich Schmidt-Platz 5, das vom Kulturamt der Stadt Wien benützt wird, wurde die Renovierung fortgesetzt, ebenso wurden die Arbeiten am Zubau zum Amtshaus, 17, Lienfelderstraße 96, weitergeführt. Umfangreiche Instandsetzungen wurden ferner am Amtshaus, 3, Sennegasse 2, aufgenommen. Die Planungsarbeiten für einen Zubau zum Amtshaus, 13, Hietzinger Kai 1, der das Standesamt Penzing und das Bezirksgericht Hietzing aufnehmen soll, wurden abgeschlossen; es wurde auch schon der Antrag auf Bewilligung der nötigen Geldmittel für dieses Bauvorhaben an den Wiener Gemeinderat gestellt. Im Amtshaus, 15, Gassgasse 8-10, das von Grund auf renoviert werden muß, wurde vorerst die Zentralheizung auf Ölfeuerung umgestellt. Die Generalrenovierung der Amtshäuser, 16, Richard Wagner-Platz 19, und 20, Brigittaplatz 10, wurde fortgesetzt. Am Amtshaus, 18, Martinstraße 100, wurde, zum Abschluß der Instandsetzung, mit Fassadenarbeiten begonnen. Die Bauarbeiten für das neue Bezirkszentrum Kagran konnten soweit fertiggestellt werden, daß mit der Besiedlung Anfang des Jahres 1973 gerechnet werden kann.

Die Fahrleistung des Personenkraftwagenbetriebes erreichte im Jahre 1972, wie im Vorjahr, 1,1 Millionen Kilometer. Von den 42, durchwegs leichten Unfällen, bei denen nur Blechschäden zu beklagen waren, ereigneten sich 19 aus fremden Verschulden. Um die Fahrsicherheit der im Personenkraftwagenbetrieb verwendeten Lenker zu erhöhen, wurde im Oktober gemeinsam mit dem Kuratorium für Verkehrssicherheit ein zweitägiger Fahrtechnikkurs veranstaltet, bei dem die Kursteilnehmer Gelegenheit hatten, richtiges Verhalten in kritischen Situationen, wie bei Notbremsung und Schleudern, vorerst theoretisch kennenzulernen und dann auch praktisch auf einem Prüfungsgelände zu üben.

Das Büro für automatische Datenverarbeitung (BOD) konnte im November 1972 das bedeutendste Ereignis für die weitere Entwicklung der Datenverarbeitung in der Wiener Stadtverwaltung, die Installation der vor mehr als Jahresfrist bestellten Großanlage IBM/370-155 verzeichnen. Mit dieser

Großanlage wurden die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die bisher an drei verschiedenen Orten bestehenden Datenverarbeitungsanlagen aufgelöst und die auf diesen durchgeführten Arbeiten von der neuen Anlage übernommen werden können; in der Folge werden Einsparungen an Maschinenmieten und Personal eintreten.

Um den Arbeitsfortschritt in den einzelnen Fachgebieten zu belegen, sollen im folgenden im Jahre 1972 fertiggestellte oder ausgeführte Projekte besprochen werden. Da Projekte der elektronischen Datenverarbeitung im allgemeinen bis zur Einsatzreife — je nach der zur Verfügung stehenden Personalkapazität — einen Zeitraum von mehr als einem Jahr benötigen, stellen sie jedoch nur einen Ausschnitt aus den geleisteten Arbeiten dar.

Im **Personenwesen** wurde die Erfassung der Personenstandsdaten aus den Haushaltslisten sowie deren Korrektur und Komprimierung fortgesetzt. Bis zum Jahresende wurden auf diese Art zirka 1,1 Millionen Wiener erfaßt.

In den Standesämtern wurden die installierten Kleincomputer durch Programmergänzungen und -verbesserungen zunehmend in den Arbeitsablauf integriert. Dadurch wird es möglich, ab 1. Jänner 1973 die Standesämter Wien-Innere Stadt und Alsergrund zusammenzulegen; ab diesem Zeitpunkt werden die Beurkundungen nur noch auf einem einzigen Computer und mit dem schon bisher an diesem eingesetzten Personal vorgenommen werden.

Im **Personalwesen** konnte, wie vorgesehen, die elektronische Bezugsverrechnung auf die noch ausstehenden Bezugsgruppen der Vertragsarbeiter ausgedehnt werden. Zu Jahresende wurden die Bezüge von zirka 9.500 Vertragsarbeitern elektronisch abgerechnet. Die Automation der Bezugsverrechnung aller ständig Bediensteten und der Pensionsparteien der Stadt Wien wurde damit abgeschlossen.

Wie bereits im Jahre 1971 berichtet, wurde im **Finanzwesen** damit begonnen, die einzelnen Abgabenarten in die elektronische Datenverarbeitung zu übernehmen. Im Jahre 1972 wurde mit der Automation der Verrechnung der Wassergebühren, der Müllabfuhrabgabe und der Gebühr für die Benutzung und Räumung von Unratsanlagen aufgenommen, die Programme für die Verschreibung der Grundsteuer konnten fertiggestellt werden. Im 4. Jahresquartal wurde als nächste Abgabenart die Hundesteuer zur Verrechnung übernommen und auch bereits der Ausdruck der Zahlscheine mit Hilfe der Datenverarbeitung vorgenommen. Bei diesen Arbeiten konnten zum ersten Male, dem Wunsche der Verwaltung entsprechend, Einheits- und Abstimmkonten mittels elektronischer Datenverarbeitung gebildet werden. Mit der Installation des ersten Bildschirmterminals im Bereich des Kassenwesens, in der Rechnungsamtsdirektion, über das zunächst die Auskünfte über die Saldi und die Kontenbewegung der Wassergebühren erteilt werden, wurde eine wesentliche Voraussetzung für das kontenlose Arbeiten im Kassen- und voraussichtlich auch im Rechnungswesen der Stadt Wien geschaffen. Im Zusammenhang mit dieser ersten Datenfernverarbeitungsanwendung wurde auch die erforderliche Software-Unterstützung geschrieben.

In der Arbeitsgruppe **Grundstückwesen und Planung** wurden zahlreiche Programme betreut, die seit längerer Zeit benötigt werden. Dazu gehörten die Arbeiten für Koordination der Maßnahmen im Straßenbereich, die Erstellung des Baubuches der Magistratsabteilung für Straßenbau, ferner die Unterstützung der Magistratsabteilung für wirtschaftliche Planung und Koordination in der Auswertung der Daten für Wirtschaftsplanung sowie der mit der Stadtplanung befaßten Magistratsabteilungen und des Planungsreferates der Stadtbauamtsdirektion, ebenfalls durch Auswertung vorhandener Datenbestände. Für die Stadtplanung entstand durch den Ankauf des Simulationsmodells für Stadtentwicklung und -planung „POLIS“ des Batelle-Instituts in Frankfurt die Notwendigkeit, dieses Programmsystem auf der eigenen Anlage zu implementieren; die ersten Anwendungsergebnisse konnten im letzten Quartal 1972 zur Verfügung gestellt werden.

Für alle jene Verwaltungsbereiche, die mit Adressen arbeiten, wurde zur Rationalisierung und als Voraussetzung für eine spätere Automation ein einheitliches Straßen- und Anlagenverzeichnis in Zusammenarbeit mit der Stadtplanung und dem Kulturamt elektronisch erstellt, vervielfältigt, gedruckt und allen interessierten Stellen zur Verfügung gestellt.

Um die **Bauverwaltung** zu rationalisieren, wurde das fertige Programmpaket für die Baumassenabrechnung auch bei anderen Großbauprojekten der Stadt Wien angewendet. Im Laufe des Jahres interessierten sich verschiedene Industriefirmen gleichfalls für dieses Programmpaket, um es für den eigenen Bereich zu verwenden. Weiters wurde vom Bundesministerium für Bauten und Technik untersucht, inwieweit dieses Programmpaket generell in der Bauverwaltung der Behörden Eingang finden könnte. Die Möglichkeit der elektronischen Bearbeitung der größeren Bauvorhaben, von der Ausschreibung bis zur Abrechnung, eröffnete die automatische Erstellung eines Preisspiegels. Der Preisspiegel wird von Projekt zu Projekt fortgeführt und bietet der Verwaltung bedeutende

Hilfe bei der Schätzung der Kosten von neuen Projekten und der Überwachung der Abrechnung laufender Projekte sowie nach deren Fertigstellung.

Die als **Sonderaufgaben** bereits fertiggestellten Programme für die Förderung nach dem Wohnbauverbesserungsgesetz mußten wegen der Änderung der gesetzlichen Grundlage im Jahre 1972 überarbeitet werden. Für die Magistratsabteilung für allgemeine und rechtliche Angelegenheiten des Wohnungswesens sowie Wohnbauförderung wurden ergänzende Programme, vor allem für statistische Auswertungen, aus dem bestehenden Datenbestand der Wohnungswerbung und Wohnungszuweisungen fertiggestellt. Als neues Projekt wurde die Abrechnung der Verpflegskosten in Altersheimen mit Hilfe der Datenverarbeitung übernommen.

Im Arbeitsgebiet **Betriebe** wurden zunächst für die Stadtreinigung und den Fuhrwerksbetrieb Programme für die Auswertung der Arbeitsscheine, der Zulagenverrechnungslisten, der Fahrzeug-einsätze und der Tankscheine geschrieben. Für die städtischen Wasserwerke wurde die Automation der Verwaltungsarbeit im Rohrlager fortgeführt, so daß zu Jahresende, die Erfordernisse der Mehrwertsteuer ausgenommen, die Lagerverwaltung und Inventur mittels automatischer Datenverarbeitung durchgeführt werden konnten.

Bereits vor Jahresfrist wurde die automatische Erstellung der Bescheide für Hilfeleistungen der Feuerwehr mit Hilfe der Datenverarbeitung abgeschlossen. Die dabei anfallenden Daten werden nun für Zwecke der Personal- und Materialplanung auch statistisch ausgewertet.

Infolge der Einführung der **Mehrwertsteuer** durch das Umsatzsteuergesetz 1972, BGBl. Nr. 223/1972, mußten bei vielen laufenden Projekten nachträgliche Änderungen vorgenommen werden. Diese Arbeiten standen unter sehr großem Zeitdruck, der noch dadurch verschärft wurde, daß in manchen Fällen notwendige Klarstellungen erst zu einem sehr späten Zeitpunkt erfolgten. Die Mehrbelastung konnte nicht in jedem Falle mit eigenem Personal rasch genug bewältigt werden. Es mußten daher erfahrene Programmierer und Organisatoren des freien Marktes dafür herangezogen werden, um den rechtzeitigen Abschluß der notwendigen Arbeiten sicherzustellen. Bei Arbeiten, die sich noch in der Organisations- und Testphase befanden, konnten die notwendigen Änderungen bei deren Fortführung vorgenommen werden.

Software wurde nach der Entscheidung für das Datenbanksystem ADABAS implementiert. Sodann wurde mit verschiedenen Arbeiten für das Personenwesen und das Kassenwesen begonnen. Notwendige Softwareprogramme für die vielseitige Nutzbarkeit und leichte Handhabung dieses Datenbanksystems, wie Precompiler, Interface und die Benützersprache GRAM, wurden parallel dazu im Büro für die Organisation der automatischen Datenverarbeitung selbst bis zur Anwendungsreife entwickelt. Besondere Sorgfalt wurde dabei dem Einbau von Programmelementen, die der Datensicherung dienen, gewidmet.

Im Zuge der Installation der neuen Großanlage IBM/370-155 erwuchsen auch der mit Software befaßten Arbeitsgruppe anspruchsvolle Aufgaben bei der Generierung des neuen Betriebssystems und der Implementierung der für eine universelle Ausnutzung der Anlage erforderlichen Softwarepakete.

Im **Rechtsmittelbüro** fielen im Jahr 1972 an: 275 Berufungen, 5 Verwaltungsgerichtshofbeschwerden und 3 Verfassungsgerichtshofbeschwerden in Abgabensachen; 788 Berufungen, 6 Devolutionsanträge, 29 Verwaltungsgerichtshofbeschwerden und 4 Verfassungsgerichtshofbeschwerden in Bausachen; 419 Berufungen, 5 Verwaltungsgerichtshofbeschwerden und 2 Verfassungsgerichtshofbeschwerden in Strafsachen sowie 31 Berufungen, 1 Verwaltungsgerichtshofbeschwerde und 1 Verfassungsgerichtshofbeschwerde in sonstigen Sachen, in denen nach der Geschäftseinteilung eine andere Dienststelle des Magistrats nicht zuständig war. 222 Rechtssachen erforderten eine Berichterstattung, die Abgabe von Äußerungen, die Teilnahme an Amtsbesprechungen oder eine erstinstanzliche Erledigung. 5.033 Akten wurden dem Rechtsmittelbüro von anderen Dienststellen des Magistrats zur Überprüfung vorgelegt. Weiters besorgte das Rechtsmittelbüro die Beratung der Stadtbauamtsdirektion sowie der ihr unterstellten Abteilungen in allen grundsätzlichen Angelegenheiten.

Der **Personaleinsatz** führte am 31. Dezember 1972 die Dienstaufsicht über 1.876 Fachbeamte des Verwaltungsdienstes, 2.738 Kanzleibeamte, 26 jugendliche Stenotypisten, 349 Erzieher, 346 Fürsorger, 80 Bedienstete der elektronischen Datenverarbeitungsanlage, 169 Büchereibedienstete, 511 Amtsgehilfen, 1 Kanzlei-Aushilfsbedienstete, 77 Kanzlei Praktikanten, 79 halbtägig Beschäftigte, 302 Sondervertragsbedienstete, Museumsaufseher, Heimaufseher, Facharbeiter, Kraftwagenlenker, Bedienstete des Lagerhauses der Stadt Wien und Hilfskräfte verschiedener Verwendungsart, 875 Kanzleilehrlinge sowie 19 Lehrlinge des technischen Dienstes, zusammen also über 7.448 Dienstnehmer.

Die Anzahl der in der Personalausgleichstelle I geführten Bediensteten verringerte sich weiter von 133 auf 100; auch die Zahl der im Stande der Personalausgleichstelle II geführten Bediensteten nahm von 31 auf 19 ab.



UNO-Generalsekretär Dr. Kurt Waldheim wurde anlässlich seines offiziellen Besuchs in Österreich von Bürgermeister Felix Slavik im Rathaus empfangen
Magistratsdirektion

Der deutsche Bundeskanzler Willy Brandt stattete während seines offiziellen Österreich-Aufenthalts auch dem Wiener Rathaus einen Besuch ab





Im Verlauf ihres Wiener Studienaufenthalts stattete die Bürgermeisterin von Nairobi, Frau Margaret Kenyatta, auch Bürgermeister Felix Slavik einen Besuch ab

Magistratsdirektion

Der neue Kundendienst der Rathaus-Information hat sich schon bewährt. Unter der Nummer 43 44 44 können auch außerhalb der Dienststunden Anrufe auf Tonband festgehalten werden





Vizebürgermeister Hans Bock (Stadtrat für Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform) lud rund 700 junge Bedienstete der Stadt Wien zu einer Donaufahrt in die Wachau ein

Personalwesen

36 Lehrlinge der Wiener Stadwerke erhielten in einer musikalisch umrahmten Feier im Wiener Rathaus ihre Gehilfenbriefe





49 südkoreanische Krankenschwestern sollen den Fehlbestand an Pflegepersonal in den städtischen Spitälern verringern

Personalwesen

Die neue Arbeitskleidung der Straßenbahner ist grau statt blau (Mitte). Sie ist bequemer geworden und hat weniger Uniformcharakter



Im Karenzurlaub befanden sich 127 Bedienstete, 18 waren zur Ableistung des ordentlichen Präsenzdienstes einberufen.

Im Jahre 1972 wurden in Ausübung der Dienstaufsicht 1.796 Bedienstete innerhalb der städtischen Dienststellen versetzt. Durch Pensionierung, Kündigung, Dienstesentsagung oder Tod schieden 180 Fachbeamte des Verwaltungsdienstes, 326 Kanzleibedienstete, 20 Erzieher, 38 Fürsorgerinnen, 11 Büchereibedienstete, 84 Amtsgehilfen und 118 sonstige Bedienstete, zusammen um 157 mehr als im Vorjahr, aus dem Stande der aktiven Bediensteten aus. Organe des Personaleinsatzes führten in Ausübung der Dienstaufsicht eine große Zahl von Revisionen von Dienststellen durch und wirkten an Überprüfungen mit, welche die Amtsinspektion in den Magistratsabteilungen durchführte. Die Begutachtung von Verbesserungsvorschlägen der Aktion „Mitdenken macht sich bezahlt“ wurde fortgesetzt.

Die im Jahre 1971 begonnene automatische Textverarbeitung mit einem Schreibautomaten konnte im Jahre 1972 erweitert werden. Ferner wurde nach umfangreichen Schriftgutanalysen in mehreren Dienststellen ein Organisationsprogramm aufgebaut, was zu einer Milderung des akuten Mangels an Schreibkräften führte; es war dies ein weiterer, nicht unbedeutender Beitrag zur Rationalisierung der Büroarbeit. Zu Jahresende wurde über eine Einbeziehung in die automatische Textverarbeitung (ATV) noch mit verschiedenen Dienststellen verhandelt.

Die Krankenkontrolle überprüfte 3.122 Krankmeldungen und nahm bei 1.875 Bediensteten einen Hausbesuch vor; bei 1.312 veranlaßte sie eine amtsärztliche Untersuchung.

Im Jahre 1972 bewarben sich 157 Maturanten — um 40 weniger als im Vorjahr — um ihre Aufnahme als Fachbeamte des Verwaltungsdienstes; von diesen erwiesen sich 154 als für eine Aufnahme geeignet. Das verringerte Personalangebot und die erhöhte Ausscheidungsrate führte zu einer deutlichen Personalverknappung, so daß eine Anzahl von Dienstposten nicht besetzt werden konnte. Aufnahmetesten für Kanzleibedienstete, jugendliche Stenotypisten, Teilbeschäftigte und Kanzleipraktikanten wurden 205 Bewerber unterzogen, von denen 140 den Anforderungen entsprachen.

Es wurden 13 Vorbereitungskurse für Fachprüfungen abgehalten, die von 394 Bediensteten besucht wurden. Die Fachprüfungen bestanden 349 Bedienstete, 61 von ihnen mit ausgezeichnetem Erfolg. 12 Bedienstete erhielten auf Grund des Prüfungsergebnisses eine auszeichnungswise Vorrückung um eine Gehaltsstufe zuerkannt.

Bei der Bewirtschaftung des Dienstpostenplanes für den Magistrat der Stadt Wien waren im Jahre 1972 insgesamt 35.350 Vormerkungen und Eintragungen bezüglich der dienstrechtlichen Stellung der einzelnen Bediensteten vorzunehmen. Die Zunahme der Zahl der Vormerkungen ergab sich aus der stärkeren Fluktuation der Bediensteten.

Im Jahre 1972 bewarben sich auch 475 Jugendliche um ihre Aufnahme als Kanzleilehrlinge der Wiener Stadtverwaltung; die Aufnahmsprüfung bestanden aber nur 362 Kandidaten. Am 20. Oktober wurden die im Jahre 1972 neu aufgenommenen Lehrlinge im Festsaal des Rathauses dem amtsführenden Stadtrat für Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform, Vizebürgermeister *Bock*, vorgestellt. Am 31. Dezember 1972 waren in den städtischen Dienststellen 875 Lehrlinge beschäftigt. Von den Kanzleilehrlingen befanden sich 312 im ersten Lehrjahr, 315 im zweiten und 229 im dritten Lehrjahr; 19 Jugendliche waren Lehrlinge des technischen Dienstes. Im Sommer 1972 beendeten 199 Kanzleilehrlinge ihre Lehrzeit; sie wurden sodann dem Stand der Kanzleibediensteten eingegliedert. Bei der Abschlußfeier am 28. Juni erhielten sie aus der Hand des Bürgermeisters ihr Diplom, ein Staatsbürgerbuch und Golddukaten. 73 Lehrlinge, die in der Berufsschule ein Vorzugszeugnis erhalten hatten, wurden von Vizebürgermeister *Bock* im September zu einer Stadtrundfahrt und zu einer Jause eingeladen. An 138 Kanzleilehrlinge, die eine besonders gute Schul- und Dienstleistung erbracht hatten, wurde eine Remuneration von je 700 S ausbezahlt.

Die Lehrlingsentschädigung wurde mit Beschluß des Gemeinderatsausschusses für Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform vom 27. Juli 1972, A.Z. 118/72; MA 1, neuerlich erhöht und beträgt nun im ersten Lehrjahr 1.000 S, im zweiten Lehrjahr 1.300 S und im dritten Lehrjahr 1.700 S monatlich.

Die Entschädigung für die Kanzleipraktikanten wurde gleichfalls angehoben, und zwar im ersten Ausbildungsjahr von 2.200 S auf 2.345 S und im zweiten Ausbildungsjahr von 2.495 S auf 2.660 S. Nach Abschluß der Lehre treten die ehemaligen Kanzleilehrlinge und Lehrlinge des technischen Dienstes sowie die Kanzleipraktikanten zumeist in den Dienst der Stadt Wien. Dadurch kann der natürliche Abgang an Personal weitgehend ausgeglichen werden.

Um den Mangel an Personal zu beheben, wurde die Werbung intensiviert. Werbevorträge in den höheren allgemein- und berufsbildenden Lehranstalten informierten die vor den Abschlußprüfungen stehenden Schüler über die beruflichen Möglichkeiten in der Stadtverwaltung. Lehrlinge erhielten

Gutscheine für den Besuch weiterbildender Kurse an Volkshochschulen, Kurzsendungen in Radio und Fernsehen sowie Einschaltungen in Tageszeitungen wiesen auf die Arbeitsbedingungen in den verschiedenen Sparten der Stadtverwaltung hin.

Um den schon seit längerer Zeit erwogenen Plan zur Rationalisierung der Arbeit, eine zentrale Schreibstelle zu schaffen, zu verwirklichen, wurde mit Vorbereitungsarbeiten begonnen.

Ferner wurden, um den Gedankenaustausch zu fördern und den Gesichtskreis zu erweitern, 25 Fachbeamte des Verwaltungsdienstes zu einer einwöchigen Studienfahrt nach Hamburg eingeladen, wo sie Gelegenheit hatten, in die Stadtverwaltung Einblick zu nehmen.

Das Stenographenbüro hatte im Jahre 1972 die Protokolle von 7 Sitzungen des Landtages, der insgesamt 12 Stunden und 15 Minuten tagte, sowie von 11 Sitzungen des Gemeinderates mit zusammen 95 Stunden 25 Minuten Dauer aufzunehmen. Die Beratung des Vorschlagsentwurfes für das Jahr 1973 durch den Gemeinderat nahm fast die Hälfte der jährlichen Verhandlungsdauer, nämlich 46 Stunden und 35 Minuten an 8 Verhandlungstagen, in Anspruch. Die ausgearbeiteten Sitzungsprotokolle des Gemeinderates umfaßten 3.101 Maschinschriftseiten.

Die nachstehende Aufstellung bietet einen Überblick über die Anzahl der schriftlichen Anträge und Anfragen sowie der Anfragebeantwortungen, deren Wortlaut vom Stenographenbüro in den Sitzungsprotokollen der Landtags- und Gemeinderatssitzungen festgehalten wurde.

	Landtag		Gemeinderat	
	Anträge	Anfragen und Anfragebeant- wortungen	Anträge	Anfragen und Anfragebeant- wortungen
SPÖ	—	—	1	—
ÖVP	2	1	44	59
FPÖ	2	8	37	65
DFP	3	23	23	143
Zusammen	7	32	105	267

Vom Zentralexpedient wurden im Jahre 1972 insgesamt 7,987.921 Sendungen bearbeitet. 553.807 Sendungen langten per Post ein, 1,854.114 Sendungen wurden im Postwege befördert, davon 43.483 in das Ausland. 5,210.000 Sendungen, wie Akten, Briefe und Pläne, wurden von Dienststellen des Wiener Magistrats zur Beförderung übernommen, 210.000 Dienststücke langten von Bundesbehörden ein, 160.000 wurden an diese weitergeleitet. Die beiden Zustellwagen legten eine Wegstrecke von 33.600 km Länge zurück. Die Portospesen betragen 2,793.748 S. An den Amtstafeln des Wiener Rathauses wurden 1.543 Kundmachungen angeschlagen.

Der Presse- und Informationsdienst wurde im Jahre 1972 umgestaltet, wobei der Schwerpunkt auf die Pressearbeit verlagert wurde. Die mit Auslandsveranstaltungen befaßte Gruppe des Informationsdienstes wurde dem Fremdenverkehrsverband Wien angegliedert, Veranstaltungen im Inland sowie Ausstellungen in Wien werden jedoch weiterhin vom Presse- und Informationsdienst betreut. Die wichtigsten Änderungen betreffen die aktuelle Berichterstattung in der Rathaus-Korrespondenz; die verschiedenen Sonderdienste wurden aufgelassen. Die wöchentlich erscheinenden Wiener Kulturnotizen wurden mit den ebenfalls wöchentlich herausgegebenen Wiener Notizen vereinigt. Die Dienste der Rathaus-Korrespondenz wurden weitgehend den journalistischen Bedürfnissen angepaßt: es werden in dieser also nur noch für die Berichterstattung in der Presse interessante Nachrichten gebracht.

Das Fernschreibnetz wurde insofern weiter ausgebaut, als jetzt auch ausgesuchte, Wien betreffende Meldungen der Rathaus-Korrespondenz über das Bundesländernetz der Austria Presseagentur den in den anderen Bundesländern erscheinenden Zeitungen zukommen. Ferner wurde, um eine bessere und promptere Information des Bürgermeisters zu erreichen, im Präsidialbüro ein Fernschreiber aufgestellt, der die wichtigsten Weltnachrichten und Meldungen der Rathaus-Korrespondenz wiedergibt.

Neu geschaffen wurde der Kulturdienst der Rathaus-Korrespondenz, der, ebenfalls über Fernschreiber, alle Wiener Redaktionen und auszugsweise die Redaktionen in den anderen Bundesländern informiert; in beiden Fällen werden die Nachrichten auch hektographiert verschickt.

Die in dem Informationsblatt „RK-Mitteilungen und Programme“ enthaltenen Programme, Ankündigungen und Mitteilungen werden nur durch Versenden des Blattes den Interessenten bekanntgemacht.

Der Bilderdienst beschränkt sich seit 1. Dezember 1972 nur noch auf die Pressephotographie und die Herstellung von Bildern für den Eigenbedarf. Die Repräsentations- und Dokumentationsphotographie hat die Landesbildstelle Wien übernommen.

Im letzten Drittel des Jahres 1972 wurde mit den Vorarbeiten zur Umgestaltung der „Stadt Wien“ in eine neue kommunale Wochenzeitschrift „wien aktuell“, mit dem „Amtsblatt der Stadt Wien“ als herausnehmbare Beilage, begonnen.

Im Laufe des Jahres 1972 veranstaltete der Presse- und Informationsdienst ungefähr 60 Pressekonferenzen und Presseführungen. Die Wochenzeitschrift „Stadt Wien“ brachte anlässlich des 9. Internationalen Kongresses der Gemeinwirtschaft, der im Mai im Wiener Rathaus veranstaltet wurde, eine 118 Seiten starke Sondernummer „Gemeinwirtschaft“ heraus. Weitere Sonderhefte dieser Reihe erschienen anlässlich der Wiener Frühjahrmesse, der Viennale, der Wiener Festwochen, der Wiener Herbstmesse, des Tages der offenen Tür und der Eröffnung des Großmarktes Inzersdorf; die Sondernummern hatten einen Umfang von 42 bis 100 Seiten.

An Druckwerken wurden überdies hergestellt: die Festschrift „Jugendhilfswerk“; als Broschüren die Fußballspielpläne Frühjahr und Herbst 1972, ferner „Erbe und Auftrag — Sozialarbeit“, „Erbe und Auftrag — Soziales Grün“, „Wien im Spiegel“ und „Wien kurzgefaßt“, letzteres in deutscher und englischer Sprache; die Prospekte „Per Albin Hansson-Siedlung Ost“, „Aufgrabungen“, „Wien in Zahlen 1972“, „Pensionistenheim Laaer Berg“, „Wien baut 1972“ und „Im Wiener Rathaus“, 2. Auflage; die vierzehntägig erscheinende Wandzeitung „Wiener Bilder“ sowie die Plakate „Kulturelles Sommerprogramm“ und „Mitdenken macht sich bezahlt“, wobei das zuletzt genannte Plakat ebenso wie Lesezeichen auf die Vorschlagsaktion der Magistratsdirektion hinwiesen.

Ehe die Organisation des Presse- und Informationsdienstes geändert wurde, betreute er, wie erwähnt, neben inländischen auch Ausstellungen im Ausland. Hier wäre zunächst die Ausstellung „Vienna Gloriosa“ im Museum of Science and Industry in Los Angeles zu erwähnen, die am 17. Februar 1972 eröffnet wurde und nur bis Juni dieses Jahres gezeigt werden sollte, jedoch wegen des großen Publikumerfolges — sie wurde von zirka 1,2 Millionen Besuchern gesehen — bis 10. September verlängert wurde. In der Zeit vom 11. Juni bis 2. Juli 1972 wurde in Jerusalem ein kulturelles und ein kulinarisches Programm unter dem Motto „Wien grüßt Jerusalem“ abgewickelt, während dessen eine vom Presse- und Informationsdienst zusammengestellte Ausstellung im Foyer des Jerusalem Theatre gezeigt wurde; die Ausstellung wurde von 17.000 Personen besichtigt. Ähnliche Programme wurden im Oktober in Haifa und im November in Tel Aviv durchgeführt; in Haifa wurde die Ausstellung von 36.000, in Tel Aviv von 45.000 Besuchern besichtigt.

Für den Tag der offenen Tür der Wiener Stadtverwaltung wurde eine kleine Ausstellung „Wien baut“ im Rathaus arrangiert, die das in der gleichnamigen Broschüre Erwähnte veranschaulichte. Diese Ausstellung wurde später noch in einigen Bezirksvorstehungen gezeigt.

In der Schmidhalle des Rathauses veranstaltete das Landesjugendreferat vom 13. März bis 8. April eine Ausstellung von Zeichnungen aus einem Schülerzeichenwettbewerb und eine weitere Ausstellung zum 1. Mai. Weiters wurde anlässlich eines internationalen Kleingärtnerkongresses in dieser Halle vom 7. bis 25. September eine Ausstellung über Kleingärten gezeigt, und vom 23. November bis 18. Dezember veranstaltete dort die UNESCO die Schau „Schöpferisches Handwerk“; alle diese Ausstellungen wurden vom Presse- und Informationsdienst betreut. Ferner gab es während der Olympischen Spiele in der Volkshalle des Rathauses ein Olympia-Service mit zehn Farbfernsehgeräten und einer Sportausstellung. Schließlich wurde noch anlässlich der Budgetdebatte eine Kleinausstellung zur Information der politischen Mandatäre über die Tätigkeit des Stadtbauamtes gezeigt.

Die Rathausinformation beantwortete 14.134 Anrufe, die während der Dienstzeit eingingen, und 10.556 Tonbandanrufe, die vom telephonischen Kundendienst aufgenommen worden waren. Es wurde aber auch eine große Zahl von schriftlichen Anfragen, Wünschen und Beschwerden behandelt.

Im Jahre 1972 wurden insgesamt 2.477 Stadtrundfahrten durchgeführt, allein 1.248 Fahrten für die Aktion „Österreichs Jugend lernt die Bundeshauptstadt Wien kennen“ und weitere 309 Rundfahrten im Einvernehmen mit dem Stadtschulrat für Wien mit Schülern, welche den Besuch einer Pflichtschule beendet hatten. Von den übrigen Rundfahrten wurden 22 mit dem Festwochenautobus, 44 im Rahmen der Stadtrundfahrten „Neues Wien“, 92 als Gruppenfahrten und 762 als Sonder- und Fachführungen durchgeführt.

Deutlich merkbar war der Erfolg der Betreuung der ausländischen Presse an der Zahl der in dieser gebrachten Berichte über Wien. In der Presse der Vereinigten Staaten von Amerika konnten etwa 950, zumeist vom Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien initiierte Veröffentlichungen festgestellt werden, in der Presse der Bundesrepublik Deutschland und in der osteuropäischen Presse etwa 1.700 Artikel. Die Zeitschrift „Wien im Spiegel“, in der die Auslandsmeldungen wiedergegeben wurden, wurde eingestellt, dafür berichtet nun „wien aktuell“ fallweise über ausländische Pressestimmen. Im Laufe des Jahres 1972 wurden ferner 125 Journalisten bei ihren Besuchen in Wien betreut.

Im täglichen „Tip vom Rathausmann“ um 11.43 Uhr im Hörfunk des Senders Österreich Regional wurde die Bevölkerung über aktuelle Ereignisse informiert. Diese 46 Sekunden dauernde Sendung hatte zumeist ein deutlich erkennbares Echo.

Die Wandzeitung „Stadt Wien“, ab Februar unter dem Titel „Wiener Bilder“ herausgebracht, erschien mit 27 Ausgaben und verschiedenen Bildformaten.

Vor den Wiener Festwochen wurde, vom 15. bis 26. Mai 1972, gemeinsam mit der Stadtreinigung ein „Festwochenputz“ durchgeführt. Die Werbung für die Wiener Festwochen selbst war vielgestaltig: ein 30 Sekunden dauernder Werbespot im Österreichischen Rundfunk-Fernsehen, die Verteilung der „Festwochen-Illustrierten“, eine Sonderausgabe der Wochenzeitschrift „Stadt Wien“ an alle Wiener Haushalte und Werbetürme mit Acht-Bogen-Plakaten an den wichtigsten Einfallstraßen der Stadt wiesen auf das Ereignis hin. Um auf die während des Sommers vorgesehenen Musikveranstaltungen hinzuweisen, wurde ebenfalls ein Acht-Bogen-Plakat mit dem Titel „Musik in Wien — Sommer 1972“ auf Plakatwänden in ganz Wien affiziert. Die anlässlich der Wiener Festwochen aufgestellten Werbetürme wurden ebenfalls mit diesem Plakat beklebt.

Weiters wurde die Wiener Bevölkerung auf die Tetanusimpfaktion des Gesundheitsamtes der Stadt Wien im Herbst 1972 durch Hausanschläge, aus denen die Impftermine zu ersehen waren, aufmerksam gemacht. Die Werbe-Poststempel in den Postämtern West- und Südbahnhof wurden auf Veranlassung des Presse- und Informationsdienstes ebenfalls mit Hinweisen auf die Tetanusimpfaktion versehen.

Am Tag der offenen Tür, dem 30. September 1972, konnten das Rathaus, eine in den anrainenden Straßen aufgebaute Fahrzeugausstellung sowie 45 städtische Objekte und Einrichtungen besichtigt werden. Eine Hauptattraktion bildete die erstmals zugelassene Besichtigung des U-Bahn-Tunnels zwischen dem Karlsplatz und der Favoritenstraße. Insgesamt nahmen zirka 120.000 Personen an den Veranstaltungen anlässlich des Tages der offenen Tür teil, etwa 81.000 Personen besichtigten das Rathaus.

Um für Wien als Standort von industriellen und gewerblichen Unternehmen zu werben, wurde ein Farbfilm mit dem Titel „Wirtschaftsstandort Wien“ in Auftrag gegeben; er hat eine Laufzeit von 14 Minuten und wird ab dem Jahre 1973 bei Messen im In- und Ausland gezeigt werden. Ein weiteres wichtiges Gebiet der Werbung war die Personalwerbung, die für alle Dienststellen der Stadtverwaltung durchgeführt wurde. Hauptsächlich wurde um Krankenpflegepersonal, Sozialarbeiter, Heimerzieher und Kindergärtnerinnen, Kanzleibedienstete, Fahrpersonal für die Wiener Verkehrsbetriebe und Facharbeiter geworben. Als Werbemittel wurden vorwiegend Inserate eingesetzt, für die Werbung um Krankenschwestern und Straßenbahnfahrer, an welchen der größte Bedarf besteht, auch Werbespots im Österreichischen Rundfunk-Fernsehen.